

Die Tariffchwierigkeiten der Groß-Berliner Verkehrsunternehmungen.

Im Anschluß an die letzte Sitzung des Verbandsausschusses Groß-Berlin ist in einem Teil der Presse die Frage einer Tarifierhöhung der Straßenbahn erörtert worden. Wenn dabei von der Annahme ausgegangen ist, daß die Große Berliner Straßenbahn neue Anträge auf Zustimmung zu einer Erhöhung ihrer Fahrpreise gestellt habe, so entspricht dies nicht den Tatsachen. Wie wir hören, besteht zwar sowohl bei den Straßenbahngesellschaften wie bei der Hochbahngesellschaft nach wie vor die Ueberzeugung, daß eine Erhöhung ihrer Tarife notwendig sei. Diese Wünsche haben sich aber zu Anträgen an den Verband Groß-Berlin und die anderen beteiligten Stellen nicht verdichtet. Dagegen hat die „Allg. Berl. Omnibus A.-G.“ bereits Ende Februar d. J. sowohl dem Zweckverband wie dem Berliner Polizeipräsidenten mitgeteilt, daß ihre Lage außerordentlich schwierig sei. Ihr Unternehmen leide durch den Krieg unvergleichlich mehr als die übrigen Groß-Berliner Verkehrsunternehmungen. Den außerordentlich gesteigerten Betriebsausgaben stände ein wachsender erheblicher Rückgang ihrer Verkehrseinnahmen gegenüber. Der Kraftwagenbetrieb ist bereits bis auf eine Linie eingeschränkt; außerdem werden nur noch 20 Pferdelinien betrieben. Die Omnibusgesellschaft bewältigt aber trotzdem noch einen erheblichen Teil des Groß-Berliner Verkehrs, namentlich der ärmeren Bevölkerung. Im letzten Jahr betrug er 94,6 Mill. gegen 69,5 Mill. Fahrgäste der Hochbahn. Da die anderen Berliner Verkehrsunternehmungen gegenwärtig an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gelangt sind, wären sie nicht in der Lage, diesen Verkehr aufzunehmen, falls die Omnibusgesellschaft durch ihre täglichen Verluste sich zu einer Einstellung ihres Betriebes gezwungen sehen würde. Bei der Einstellung ihres Betriebes würden etwa 1400 Angestellte brotlos werden, die nur schwer in anderen Betrieben Verwendung finden könnten. Das einzige Mittel, um die BetriebsEinstellung zu vermeiden und die Omnibusgesellschaft lebens- und leistungsfähig zu erhalten, bestehe in der Tarifierhöhung. Diese könne aber von der Omnibusgesellschaft allein nicht vorgenommen werden, sondern würde nach ihrer Meinung nur den Verlust erhöhen, weil ein großer Teil des Verkehrs auf die anderen Verkehrsmittel abwandern würde. Eine Tarifierhöhung käme nur in Frage, wenn auch die anderen Groß-Berliner Verkehrsunternehmungen eine Fahrgelderhöhung in gleichem Maße vornehmen würden. Die Omnibusgesellschaft richtete daher an den Verband Groß-Berlin die Anfrage, ob und wann eine Erhöhung der Fahrgelder bei den anderen Verkehrsunternehmungen eintreten werde, über die, wie bekannt, bereits seit einiger Zeit Verhandlungen geführt würden.

Da durch diese Sachlage die Tarifffrage aller Berliner Verkehrsunternehmungen wieder ins Rollen gebracht worden ist und auch gewichtige Gründe dafür sprechen, die Verkehrsunternehmungen leistungsfähig zu erhalten, hat der Verbandsausschuß, wie berichtet, gerade im Interesse des Groß-Berliner Verkehrs nach eingehender Erörterung beschlossen, die Tarifffrage einer besonderen Kommission von 12 Mitgliedern zur näheren Beratung zu überweisen.